

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- [Klimawandel als Job- und Stellengenerator](#) 2
- [Zunehmender Antisemitismus in Europa](#) 3
- [Westbalkan-Gipfel in Posen](#) 4

##### Rat der Europäischen Union

- [Gipfeltreffen zwischen EU und Ukraine](#) 5
- [Die wichtigsten Ergebnisse des Rates „Wirtschaft und Finanzen“](#) 6

##### Europäisches Parlament

- [Nächste Schritte im Europäischen Parlament](#) 7

##### Eurogruppe

- [Sitzung der Eurogruppe am 8. Juli 2019](#) 8

##### Eurostat

- [Neue Statistik zu Mobilität in Europa](#) 9
- [EU-Bevölkerung zum 1. Januar 2019 auf über 513 Millionen gestiegen](#) 10

Laufende Konsultationen 11

Tagesordnungen der Institutionen 12

Impressum 12

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45-47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Europäische Kommission

## Klimawandel als Job- und Stellengenerator

**Am Donnerstag den 4. Juli 2019 hat die EU-Kommission den jährlich erscheinenden Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht 2019 veröffentlicht. Mit Blick auf langfristige Trends wie Bevölkerungsalterung, Globalisierung, Technologie- und Klimawandel befasst er sich mit dem Thema Nachhaltigkeit und liefert dabei Maßnahmeoptionen, die einerseits die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der EU wahren, als auch den Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft ermöglichen.**

Der Bericht zeigt außerdem, dass mit 240,7 Millionen Menschen in Beschäftigungsverhältnissen die Beschäftigungsrate auf einem Allzeithoch ist. Hingegen ist die Arbeitslosenquote mit 6,3% so niedrig, wie noch nie zuvor seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2000. Laut EU-Kommissarin Marianne Thyssen sei dies der ideale Ausgangspunkt dafür, auf der Grundlage der europäischen Säule sozialer Rechte noch mehr für die BürgerInnen in die Wege zu leiten. Hierzu sei ein fairer Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft erforderlich, so Thyssen weiter.

Bis zu 1,2 Millionen neue Jobs – zusätzlich zu den 12 Millionen bereits prognostizierten – stellt der Bericht bis 2030 beim Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft in Aussicht. Bis 2050 sollen es sogar 2 Millionen neue Jobs sein. Vor allem das Angebot in der Herstellung energieeffizienter Anlagen und Informations- und Kommunikationsgeräten (Smartphones, Computer, Fernseher, etc.) wird davon betroffen sein. Die Arbeitsplätze werden vor allem im mittleren Bereich der Lohnskala und der Kompetenzverteilung geschaffen werden. Auf dem Weg zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft werden die Regionen vor der größten Herausforderung

stehen, die noch von hohem Kohlenstoffeinsatz geprägt sind. Dort werden nämlich die Veränderungen besondere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Es ist in diesem Kontext aus der Sicht der EU-Kommission also unabdingbar die sozialen Auswirkungen dieses Übergangs zu berücksichtigen, etwa durch Einkommensbeihilfen oder Energiebesteuerung.

Generell zeigt der Bericht auf, dass die EU in die Kompetenzen der Menschen und in Innovationen investieren muss, um das Wirtschaftswachstum beizubehalten. Auch stellt er fest, dass soziale Investitionen wie die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und frühkindliche Erziehung und Bildung dazu führen, dass Menschen produktiver sind und sich wohler fühlen. Als Voraussetzung dafür, dass die EuropäerInnen ihr volles Potenzial auf dem Arbeitsmarkt ausschöpfen können, nennt der Bericht leistbaren und angemessenen Wohnraum.

[Factsheet der EU](#)

[Artikel der Europäischen Kommission](#)



# Europäische Kommission

## Zunehmender Antisemitismus in Europa

**Junge jüdische EuropäerInnen sehen sich noch stärker Antisemitismus ausgesetzt als die ältere Generation. Zu diesem Ergebnis kommt ein am Donnerstag, den 4. Juli 2019, veröffentlichter Bericht der EU-Kommission und der EU-Agentur für Grundrechte (FRA). Vier von fünf jungen jüdischen EuropäerInnen gaben in einer Befragung an, dass Antisemitismus in ihrem Land ein Problem sei, das ihrem Eindruck nach zugenommen hat.**

Befragt wurden über 16 000 jüdische EuropäerInnen (16 Jahre oder älter) aus 12 EU-Mitgliedstaaten, die gemeinsam 96% aller in Europa lebender Juden beheimaten. Österreich ist mit 15 000 Juden einer davon. Gefragt wurde nach persönlichen Einschätzungen zu Antisemitismus in ihrem Heimatland, und direkten bzw. indirekten persönlichen Erfahrungen mit Antisemitismus.

Der Bericht gelangt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- 85% (73% in Österreich) sehen Antisemitismus als ein Problem in ihrem Land an
- 89% (75% in Österreich) sind der Meinung, dass Antisemitismus in ihrem Land in den letzten fünf Jahren zugenommen hat.
- 38% (31% in Österreich) zogen in den letzten 5 Jahren in Betracht auszuwandern, da sie sich als Personen jüdischen Glaubens in ihrem Land nicht sicher fühlen

- 28% (28% in Österreich) geben an in den vergangenen 12 Monaten und 39% (38% in Österreich) in den letzten 5 Jahren antisemitisch belästigt worden zu sein. Dabei sind verbale Beleidigungen die häufigste Form der Belästigung.

Mit einer Reihe von Maßnahmen der EU-Kommission soll Antisemitismus in Europa verstärkt bekämpft werden. So hat die EU-Kommission letzte Woche die Arbeitsgruppe Antisemitismus eingesetzt und sich 2016 auf Verhaltensregeln im Internet geeinigt. IT-Unternehmen wie Facebook, Twitter, Microsoft und YouTube stimmten zu, diese auf ihren Plattformen einzuhalten.

[EU-Studie: Junge jüdische Europäer sind wachsendem Antisemitismus ausgesetzt](#)

[Artikel der Europäischen Kommission \(englisch\)](#)  
[Pressemitteilung der FRA](#)

[Perceptions of antisemitism \(in Austria\)](#)

[Experiences and perceptions of antisemitism](#)



# Europäische Kommission

## Westbalkan-Gipfel in Posen

Am 5. Juli 2019 fand der Westbalkan Gipfel in Posen statt. Im Rahmen dessen trafen sich Regierungschefs, Außen-, Innen- und WirtschaftsministerInnen der Westbalkanländer und EU-Mitgliedstaaten und hohe VertreterInnen der EU. Dabei bestätigte die EU die Zusammenarbeit mit der Region mit einer Reihe konkreter Maßnahmen betreffend Transport und Energie, digitale Wirtschaft, Sicherheit und gute Nachbarschaftsbeziehungen zu stärken.



Die EU-Kommission legte ein Unterstützungspaket in der Höhe von 180 Mio. EUR vor um Straßen- und Schienenverbindungen und das Stromnetz auszubauen bzw. zu modernisieren. 15 Mio. EUR an Fördergeldern sollen in die Verbesserung der Straßensicherheit gehen.

Mit einem Vertrag zur Senkung von Roaming Gebühren in Westbalkan-Ländern soll Roaming in der Region künftig achtmal so günstig werden. Weitere Zuschüsse seitens der EU werden an Projekte für den Ausbau des Breitbandnetzes in Albanien, Montenegro und Nord-Mazedonien vergeben. Diese Maßnahmen sollen den Übergang zur digitalen Wirtschaft in Westbalkan-Ländern ermöglichen.

Weiters setzen sich EU und Westbalkan-Länder zum Ziel die Zusammenarbeit in Sicherheitsangelegenheiten wie der Terrorismusbekämpfung, Cyberattacken und illegalem Waffenhandel weiter zu vertiefen.

Auch weiterhin wird die EU die jungen BürgerInnen der Westbalkan-Länder durch Projekte wie Erasmus+ unterstützen, um die Beziehungen innerhalb der Region, sowie zur EU zu verbessern.

[Artikel der Europäischen Kommission \(englisch\)](#)



# Rat der Europäischen Union

## Gipfeltreffen zwischen EU und Ukraine

**Auf dem 21. Gipfeltreffen EU-Ukraine in Kiew haben die Führungsspitzen erneut bestätigt, wie eng die politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen der EU und dem Land sind. Behandelt wurden der Ukraine-Konflikt und die rechtswidrige Annexion der Krim und Sewastopols, die nächsten Schritte zur Durchführung des Assoziierungsabkommens zwischen EU und Ukraine und der Reformprozess in der Ukraine.**

Auf dem Gipfel hat die EU bekräftigt, die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine, sowie die Durchführung der Minsker Vereinbarungen zu unterstützen. Die Führungsspitzen der EU haben Russland dazu aufgefordert, gefangengenommene ukrainische Seeleute freizulassen.

Die EU hat zugesagt mit einem Maßnahmenpaket die BürgerInnen und die Wirtschaft am Asowschen Meer zu unterstützen. Weiters verurteilt sie Russlands Maßnahmen, die es ukrainischen BürgerInnen in gegenwärtig nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten erleichtern soll die russische Staatsbürgerschaft zu erhalten.

Die Führungsspitzen der EU und der Ukraine erörterten die nächsten Schritte zur Durchführung des Assoziierungsabkommens und der damit verbundenen Freihandelszone. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ist eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den wichtigsten Politikbereichen beider Seiten über lange Frist. Die

Staats- und Regierungschefs hoben den Erfolg des Abkommens hervor, mit dem der bilaterale Handel seit Jänner 2016 um etwa 50% ausgebaut wurde und bereits 3 Millionen ukrainische StaatsbürgerInnen ohne Visum Reisen in die EU unternommen haben.

Außerdem wurden die Fortschritte gewürdigt, die die Ukraine in ihrem Reformprozess bezüglich Korruption, Stärkung der Zivilgesellschaft und einer rechenschaftspflichtigen und effizienten Regierung der Ukraine erzielt hat. Ein weiteres Maßnahmenpaket mit einem Umfang von 109 Mio. EUR wurde angenommen, um den Reformprozess weiterhin zu unterstützen.

[Gipfeltreffen EU-Ukraine, Kyjiw, Ukraine, 08.07.2019](#)

[Minsker Vereinbarung \(Überblick\)](#)

[Pressemitteilung zum Assoziierungsabkommen](#)

[Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine \(Amtsblatt der EU\)](#)



# Rat der Europäischen Union

## Die wichtigsten Ergebnisse des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ vom 9. Juli 2019

**Am 9. Juli trafen sich die FinanzministerInnen aller EU-Mitgliedstaaten sowie die zuständigen Mitglieder der EU-Kommission im Rahmen des Rates „Wirtschaft und Finanzen“. Themen waren unter anderem das Programm des finnischen Ratsvorsitzes, die Eigenmittel im Kontext des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027, das Amt des EZB-Präsidenten sowie länderspezifische Empfehlungen.**

Nachdem Finnland am 1. Juli den Ratsvorsitz übernommen hat, legte das Land bei der Ratssitzung nun seine Prioritäten für seine Amtszeit im Bereich Wirtschaft und Finanzen vor. Dazu zählen etwa verstärkte Maßnahmen gegen den Klimawandel, die vereinfachte Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie eine einfache und wirksame Besteuerung.

Im Hinblick auf das Legislativpaket über Eigenmittel im Kontext des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (MFR) verschafften sich die MinisterInnen einen Überblick über den Stand der Beratungen. Im Rahmen des Haushaltsplans 2019 hat der Rat außerdem Notfallmaßnahmen für den Fall eines „No-Deal-Brexits“ verabschiedet. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Folgen eines Austritts Großbritanniens ohne Austrittsabkommen für die Finanzierung in einer Vielzahl von Bereichen, wie z.B. Forschung und Landwirtschaft, abzumildern.

Nachdem der Europäische Rat am 2. Juli eine Einigung über die Unterstützung von Christine Lagarde als Kandidatin für das Amt der neuen EZB-Präsidentin erzielte, hat der Rat der Europäischen

Union nun eine Empfehlung an den Europäischen Rat über ihre Ernennung angenommen. Im nächsten Schritt wird der Europäische Rat das EU-Parlament und den EZB-Rat anhören. Im Anschluss wird erwartet, dass er einen förmlichen Beschluss fasst. Nach dem Ende der Amtszeit von Mario Draghi am 31. Oktober 2019 wird die neue Präsidentin dieses Amt für eine nicht verlängerbare Amtszeit von acht Jahren übernehmen.

Schließlich gab der Rat auch seine Empfehlungen und Stellungnahmen 2019 zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten ab. Diese Empfehlungen sollen die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, ihr Wachstumspotenzial durch die Modernisierung ihrer Volkswirtschaften zu steigern. Außerdem soll sie die EU-Länder darin bestärken, ihre Standhaftigkeit gegen Krisen weiter zu erhöhen.

[Wichtigste Ergebnisse des Rats](#)

[Informationen zum Rat „Wirtschaft und Finanzen“](#)

[EU-Haushaltsplan 2019](#)



# Europäisches Parlament

## Nächste Schritte im Europäischen Parlament

**Die KandidatInnen für die EU-Topjobs wurden in den letzten Tagen nominiert und teilweise bereits offiziell besetzt. Dazu zählt auch die Wahl der 14 VizepräsidentInnen des EU-Parlaments, welche am 3. Juli abgehalten wurde. Ab Ende Juli verabschiedet sich das EU-Parlament in eine einmonatige Sommerpause. Doch was geschieht bis dahin?**

In der zweiten Juli-Plenartagung (vom 15. bis 18. Juli) wird der EU-Kommissionspräsident von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt. Die deutsche konservative Außenministerin Ursula von der Leyen ist für dieses Amt vom Rat nominiert worden. Erhält sie die absolute Mehrheit nicht, so wird innerhalb eines Monats ein anderer Kandidat/ eine andere Kandidatin nominiert. Eine Abstimmung würde dann erst im September folgen. Sobald dieser Posten vergeben ist, so werden die übrigen Kommissionsmitglieder vom Europäischen Rat nominiert. Im September oder Oktober 2019 entscheidet anschließend das EU-Parlament, ob es deren Ernennung zustimmt. Mit 31. Oktober 2019 endet schließlich die Amtszeit von Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsident und der neue Präsident/ die neue Präsidentin tritt das Amt am 1. November 2019 an.

Außerdem wurde am Donnerstag, den 4. Juli 2019, die Zusammensetzung der Ausschüsse des EU-Parlaments für die 9. Legislaturperiode beschlossen. Insgesamt gibt es 20 Fachausschüsse – wie z.B. den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten oder den Ausschuss für regionale Entwicklung – und die zwei

Unterausschüsse – einen für Menschenrechte, einen für Sicherheit und Verteidigung. Die Ausschüsse bestehen aus 25 bis 73 Abgeordneten des EU-Parlaments. Sie arbeiten Vorschläge zur Gesetzgebung aus und reichen Änderungsanträge ein.

Bis 25. Juli 2019 finden noch Ausschusssitzungen und Plenartagungen statt, bevor das Europäische Parlament schließlich im August pausiert. Im September starten schließlich wieder die regulären Sitzungen des EU-Parlaments. Die erste Ausschusssitzung wird somit am 2. September 2019 stattfinden.

[Europäisches Parlament - Plenartagung](#)

[Kalender 2019 des Europäischen Parlaments](#)

[Zusammensetzung der Ausschüsse für die neue Legislaturperiode](#)

[Informationen zu den Ausschüssen](#)

[Informationen zum Präsidium der 9. Legislaturperiode](#)

# Eurogruppe



## Sitzung der Eurogruppe am 8. Juli 2019

**Am 8. Juli trat die Eurogruppe im Vorfeld des am 9. Juli abgehaltenen Rates „Wirtschaft und Finanzen“ zusammen. Diskutiert wurden unter anderem die Überwachung Griechenlands, der haushaltspolitische Kurs im Euro-Währungsgebiet, die internationale Rolle des Euro und die Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).**

Die Eurogruppe ist ein informelles Gremium, in dem die MinisterInnen aus den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zusammenkommen. Sie beraten über Fragen, die den Euro betreffen, und in ihre gemeinsame Verantwortung fallen. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zu gewährleisten. Normalerweise kommt die Euro-Gruppe einmal im Monat zusammen, und zwar am Vorabend der Tagung des Rates „Wirtschaft und Finanzen“.

Diese Woche beriet die Euro-Gruppe über den dritten Bericht im Rahmen der verstärkten Überwachung Griechenlands. Nachdem das ESM-finanzierte Programm (Europäischer Stabilitätsmechanismus) Griechenlands im August 2018 endete, trat bereits im Juli 2018 der Rahmen für die verstärkte Überwachung des Landes ein. Im Detail wird überwacht, ob die griechische Regierung die in der Eurogruppe eingegangenen Verpflichtungen vom 22. Juni 2018 einhält.

Darüber hinaus haben die MinisterInnen die Haushaltslage im Euro-Währungsgebiet als Ganzes

erörtert und sich dabei auf die Prognosen für 2020 konzentriert. Im Zuge dessen legte die EU-Kommission außerdem ihre Bewertung der Haushaltslage auf der Grundlage ihrer Analyse der Stabilitätsprogramme 2019 und ihrer Frühjahrs-Wirtschaftsprognose vor.

Zentrales Thema war auch die Absicht Kroatiens, am Wechselkursmechanismus II (WKM II) der EU teilzunehmen. Hierbei handelt es sich um ein zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten bestehendes Wechselkursabkommen, durch das die Währungen von EU-Staaten außerhalb des Euroraums an den Euro gebunden werden. Der Euro gilt im WKM II als Leitwährung, an deren Kurs sich die anderen Währungen orientieren.

[Wichtigste Ergebnisse der Sitzung](#)

[Informationen zur Euro-Gruppe](#)

[Griechenland: drittes wirtschaftliches Anpassungsprogramm](#)



## Neue Statistik zur Mobilität in Europa

**Die Menschen im heutigen Europa sind mobiler als je zuvor- das ist das Ergebnis der neuen digitalen Veröffentlichung „People on the move – statistics on mobility in Europe“ des statistischen Amtes der EU Eurostat.**

Die Veröffentlichung zeigt unter anderem, dass 8% der insgesamt über 500 Millionen EU-BürgerInnen nicht die Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Weitere 1,3 Millionen EuropäerInnen leben nicht in dem Land, in dem sie arbeiten. Auch viele Studierende zieht es ins EU-Ausland: insgesamt 1,7 Millionen Studentinnen in der EU absolvieren ihr Studium im Ausland. Als Gründe für die steigende Mobilität der EuropäerInnen werden Migration, Ausbildung, Arbeit oder Tourismus genannt.

Die Publikation, die am 9. Juli veröffentlicht wurde, ist in vier Kapitel untergliedert. Das erste Kapitel, „Schmelztiegel Europa“, dreht sich um die Menschen, die in die EU-Länder ein- und ausreisen. Das Zweite, „Studieren und Arbeiten im Ausland“,

gibt unter anderem einen Überblick über Studierende im Ausland und über Grenzgänger, die außerhalb ihres Landes oder ihrer Region arbeiten. Das Kapitel „Züge, Flugzeuge und Kraftfahrzeuge“ beschäftigt sich damit, wie die Menschen an ihren Arbeitsplatz und sonst wohin gelangen. Das letzte Kapitel, „Unterwegs sein“ ist schließlich dem Tourismus gewidmet. Darin wird untersucht, was die Gründe für die Reisen der EuropäerInnen sind, etwa aus beruflichen Gründen oder zum Vergnügen. Darüber hinaus erläutert es, wohin die Menschen reisen, wo sie unterkommen und wie viel sie dafür ausgeben.

[Eurostat Pressemitteilung](#)



## EU-Bevölkerung zum 1. Januar 2019 auf über 513 Millionen gestiegen

Rechtzeitig zum Weltbevölkerungstag am 11. Juli veröffentlichte Eurostat, das statistische Amt der EU, die Zahlen der EU-Bevölkerung zum 1. Januar 2019. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Bevölkerung der Union auf beinahe 513,5 Millionen geschätzt. Am 1. Januar 2018 belief sich die Zahl noch auf 512,4 Millionen.

Die Statistik zeigt außerdem, dass im Laufe des Jahres 2018 mehr EU-BürgerInnen gestorben als geboren wurden (5,3 Millionen Sterbefälle und 5,0 Millionen Geburten). Damit liegt zum zweiten Jahr in Folge eine negative „natürliche Veränderung“ der EU-Bevölkerung vor. Der Bevölkerungswachstum um 1,1 Millionen Einwohnern lässt sich durch die Wanderungsbilanz (Differenz zwischen Zu- und Abwanderung) erklären.

Ein Bevölkerungszuwachs konnte in insgesamt achtzehn Mitgliedstaaten verzeichnet werden. Der stärkste Bevölkerungszuwachs wurde in Malta verzeichnet (+36,8 je 1 000 Einwohner), gefolgt von Luxemburg (+19,6‰), Irland (+15,2‰) und Zypern (+13,4‰). Auch Österreichs Bevölkerung wuchs im letzten Jahr (+4,1 je 1000 Einwohner). Der stärkste Bevölkerungsrückgang wurde hingegen in Lettland (-7,5‰) registriert, gefolgt von Bulgarien und Kroatien (jeweils -7,1‰), Rumänien (-6,6‰) und Litauen (-5,3‰).

Insgesamt wurden im Jahr 2018 in der EU 5,0 Millionen Kinder geboren. Obwohl dies auf den ersten Blick viel aussieht, wurden dennoch fast 118 000 weniger Kinder geboren als im Vorjahr. Betrachtet man die einzelnen Mitgliedstaaten,

wurden die höchsten Rohgeburtenraten (die Zahl der Lebendgeburten pro Jahr je 1.000 Einwohner) in Irland (12,5 je 1 000 Einwohner), Schweden (11,4‰), Frankreich (11,3‰) und dem Vereinigten Königreich (11,0‰) registriert. Österreich liegt mit 9,7 je 1 000 Einwohner genau im EU-Durchschnitt. In folgenden Mitgliedstaaten waren sie am niedrigsten: Italien (7,3‰), Spanien (7,9‰) und Griechenland (8,1‰).

Gleichzeitig wurde im Jahr 2018 mehr Sterbefälle als zuvor registriert. Mit einer Zahl von 5,3 Millionen Sterbefällen EU-weit, handelt es sich um 46 000 mehr als im Vorjahr. Während Irland (6,4 je 1 000 Einwohner), Zypern (6,6 ‰) sowie Luxemburg (7,1‰) 2018 die niedrigsten Bruttosterbeziffern verzeichneten, waren die Werte in Bulgarien (15,4‰), Lettland (15,0‰) und Litauen (14,1‰) am höchsten. Österreich liegt mit 9,5 je 1 000 Einwohner unter dem EU-Durchschnitt von 10,4 je 1 000 Einwohner.

[Eurostat Pressemitteilung](#)



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [EU-Steuerpolitik – Bewertung der Kommunikationskanäle](#)

Steuern

21. Juni 2019– 13. September 2019

## [Evaluierung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und den Europäischen Sozialfonds](#)

Beschäftigung und Soziales

24. Mai 2019– 16. August 2019

## [Sustainable batteries – EU requirements](#)

Binnenmarkt

13. Juni 2019– 8. August 2019

## [Standard chargers for mobile phones](#)

Binnenmarkt

14. Mai 2019– 6. August 2019

## [Agriculture – simplified EU approval scheme \(block exemption\) for state subsidies \(review\)](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Wettbewerb

26. April 2019– 19. Juli 2019

## [Trans-European Transport Network \(TEN-T\) Guidelines – evaluation](#)

Verkehr

24. April 2019– 17. Juli 2019



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -  
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Maritje Weydemann, LL.B.

Martin Rigo

---

### Abbildungsverzeichnis

[http://fotoservice.bundeskanzleramt.at/bka/  
bundeskanzlerin\\_bierlein/20190705\\_Westbalkan/AND1839.html](http://fotoservice.bundeskanzleramt.at/bka/bundeskanzlerin_bierlein/20190705_Westbalkan/AND1839.html)